



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Deutschland und die englisch-russischen Verhandlungen mit Persien über
die prinzipielle Frage der Erteilung von Konzessionen an Ausländer

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

verweigert, ist nichts anderes als eine kriegerische Aktion, die einen Wechsel im Ministerium und die Bildung einer von uns aufgedrängten Regierung zur Folge haben würde; eine solche Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nur so lange halten können, als die Okkupation dauert. Diese neue Regierung würde Bedingungen anzunehmen haben, die das Resultat einer direkten Einmischung sind und in einem diplomatischen Schriftstück Ausdruck gefunden haben, das einem aufgezwungenen Vertrage gleichkommt. Dies ist meiner Ansicht nach die wichtigste Erwägung. Eine derartige Tatsache müßte von dritten Staaten einen ausdrücklichen Protest hervorrufen. Wir sind gewarnt, daß dieser dritte Staat Deutschland sein wird, welcher zur Theorie der offenen Tür zurückkehren wird, als ob nichts vorgefallen wäre.

Der Konflikt würde auf diese Weise seinen Charakter verändern und aus einer russisch-persischen eine allgemein europäische Frage machen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 1./14. April 1910.

Ich habe heute eine Beschwerde Schönemanns erhalten. Die Verwaltung der Chaussee Zulfa-Läbriz weigert sich eine von ihm gekaufte Lokomobile durchzulassen, unter dem Vorwand, das Gewicht sei zu groß. Schönemann weist darauf hin, daß Lokomobilen, die von der Verwaltung der Chaussee und von einem persischen Untertan gekauft worden sind, viel schwerer wiegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, der deutschen Einfuhr nach Persien so offen künstliche Hindernisse in den Weg zu legen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 29. April / 12. Mai 1910.
Nr. 631.**

Nicolson teilt mir das Projekt unserer gemeinsamen Erklärung an die persische Regierung mit. Dies Projekt ist vom englischen Geschäftsträger in Teheran ausgearbeitet worden. Der englische Botschafter teilt mir mit, Grey sei nicht mit dem letzten

Teile einverstanden und schlägt folgende Redaktion vor: „In Anbetracht der Schwierigkeit, diejenigen Konzessionen anzuführen, die ihren politischen oder strategischen Interessen schaden könnten, erwarten die beiden Regierungen, daß die persische Regierung, ehe sie einem Ausländer irgendwelche Konzessionen hinsichtlich der Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen erteilt, mit Rußland und England in einen Meinungsaustrausch eintritt, um festzustellen, auf welche Weise die politischen oder strategischen Interessen dieser beiden Staaten genügend geschützt werden könnten.“ Ich teile Greys Ansicht, was den letzten Teil des in Teheran ausgearbeiteten Projektes anbelangt. Was aber den ersten Teil anbelangt, so halte ich es für vorsichtiger, die von Grey vorgeschlagenen Worte „Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen“ wegzulassen, denn es kann noch andere Konzessionen geben, die uns schädlich sind. Man muß nicht außer acht lassen, daß, wenn wir von der persischen Regierung eine formelle Verpflichtung im Sinne der identischen Note vom 25. März verlangen, dies einen deutschen Protest in Teheran hervorrufen könnte. Wir würden es deshalb vorziehen, für den Augenblick nicht darauf zu bestehen, daß die persische Regierung eine derartige Verpflichtung eingeht. Man könnte hingegen der in Aussicht genommenen Mitteilung die Worte beifügen: „Wenn die persische Regierung den Wunsch der beiden Mächte nicht erfüllt, so werden letztere diejenigen Maßregeln ergreifen, die sie für nötig halten werden, um ihre Interessen zu schützen.“

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 12./25. April 1910.

Der französische Gesandte hat von seiner Regierung gehört, daß ein gewisser Cohen aus Teheran in Paris angekommen ist, welcher von einem der persischen Minister das Vorzugsrecht zum Abschluß einer Anleihe von 200 Millionen Franken unter Garantie der Zoll- und Telegrapheneinnahmen erhalten habe. Der Zweck der Anleihe besteht darin, daß Persien den Regierungen Rußlands und Englands und den beiden Teheraner Banken seine Schulden abzahlt. An dieser Finanzoperation sind vier große französische Banken interessiert, u. a. Crédit Lyonnais und

Banque de Paris. Zum 7. Mai soll eine besondere persische Kommission zu Verhandlungen nach Paris kommen und das Vorzugsrecht ist vier Monate gültig, vom Tage der Ankunft der Kommission an gerechnet. Cohen ist nach Teheran zusammen mit dem Juwelier gekommen, der die persischen Kronjuwelen schätzen sollte; er sagte, er wäre sein Begleiter, und hat dem hiesigen französischen Gesandten von dem wirklichen Zweck seiner Ankunft nichts gesagt. Auf die Frage meines französischen Kollegen, wie die russische Regierung einem solchen Projekt gegenüberstehe, sagte ich, daß die Bezahlung der uns geschuldeten Summen unseren Interessen durchaus nicht entsprechen kann, da auf diese Weise dem politischen Einflusse von Ausländern die Türe geöffnet wird. Aus demselben Grunde können wir auch keine ausländische Kontrolle irgendwelcher persischer Einnahmen in unserer Zone zulassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 15./28. April 1910. — Nr. 25.

Aus Teheran zurückgekehrt, hat Cohen niemandem nähere Mitteilungen gemacht und hat nur die Unterstützung der französischen Regierung nachgesucht. Diese ist ihm verweigert worden und man hat ihm erklärt, man wird hier nur solche finanzielle Operationen zulassen, die von Rußland und England begutachtet werden. Den andern wird man die Kotierung an der Börse verweigern. Übrigens nehmen die hauptsächlichsten Kreditinstitutionen an diesem internationalen Syndikate kaum teil. Der Außenminister hat mir die Versicherung gegeben, daß in persischen Fragen Frankreich nichts zulassen wird, was Rußland und England unangenehm sein könnte. Die finanziellen Kreise sind hiervon benachrichtigt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. April / 13. Mai 1910. — Nr. 102.

Ihr Telegramm Nr. 631 erhalten. Persönlich. Der erste Eindruck von Gardinge ist der, daß die von Ihnen vorgeschlagene Formel, die nicht erwähnt, um welche Konzessionen es sich han-

dekt, sehr radikaler Natur sei und schwerlich von der persischen Regierung angenommen werden könne. Er findet auch die letzte Drohung sehr stark. Ich glaube, man wird Ihnen eine mäßigere Redaktion vorschlagen. Dies ist noch keine offizielle englische Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Tswolsky vom 5./18. Mai 1910. — Nr. 104.

Nicolson wird Ihnen mitteilen, was Grey Metternich gesagt hat. Er hat erklärt, daß, da die persische Regierung Erklärungen über die letzte Note verlangt hat, diese Erklärungen erfolgen müssen. Grey hat dem Botschafter nicht verheimlicht, daß, wenn die persische Regierung Rußland und England vor die vollendete Tatsache einer Eisenbahnkonzession, die strategischen und politischen Charakter hat, stellt, diese beiden Mächte gezwungen sein würden, energische Maßnahmen gegen Persien zu ergreifen. Grey hat erklärt, er habe durchaus nicht die Absicht irgendwelchen deutschen Konzessionen zu schaden, die keinen politischen oder strategischen Charakter haben. Deshalb könne ein deutscher Protest nur erfolgen, wenn ein gerechtfertigtes Gesuch einer deutschen Konzession von Persien verweigert worden sei. Grey hat hinzugefügt, daß ein deutsch-englisches Übereinkommen über Persien nur im Zusammenhang mit der Bagdadbahnfrage abgeschlossen werden könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Tswolsky vom 8./21. Mai 1910. — Nr. 109.

Mit Bezug auf Ihre Unterredung mit Bourtales sagt mir Grey, daß Ihre Worte und die seinigen übereinstimmen, mit dem Unterschiede, daß Sie betont haben, daß wir von der persischen Regierung keine Antwort verlangen werden, was er nicht erwähnt hat. Was unsere zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland anbelangt, so hat Grey angefragt, ob sie außer Persien auch die Bagdadbahn betreffen. Ich habe geantwortet, daß ich dies nicht wüßte, da wir während unserer früheren Ber-

handlungen hauptsächlich unsere Stellung in Persien haben sichern wollen. Grey bemerkte, daß die Bagdadfrage schwerlich werde ausgeschlossen werden können, da es sich auch um die Zweiglinie Khanekin handle. Ich habe ihn gefragt, was für einen modus procedendi er für möglich halte; er antwortete, daß Deutschland sich weigere, zu vieren zu verhandeln, und daß er deshalb glaube, daß die drei interessierten Mächte getrennt verhandeln, sich aber den Gang der Verhandlungen gegenseitig mitteilen sollten; der Abschluß müsse jedoch gemeinsam zu vieren erfolgen. Grey hat mir mitgeteilt, er habe in seiner Unterredung mit Metternich die Möglichkeit einer Übereinkunft mit Deutschland nicht von der Hand gewiesen, nur habe er darauf hingewiesen, daß es ihm unmöglich sei, eine Übereinkunft zu schließen oder dem Parlament vorzulegen, welche Deutschland in Persien Zugeständnisse macht, ohne daß England in der Bagdadfrage entsprechend entschädigt wird, was für England von vitaler Bedeutung sei.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 9./22. Mai 1910. — Nr. 695.

Ehe ich Poklewski Instruktionen gebe, möchte ich wissen, wie Grey über die letzte von Schön unserm Berliner Botschafter gemachte Erklärung denkt, welche die formelle Versicherung enthält, daß Deutschland nie versucht hat, in Persien Konzessionen zu erhalten, welche Rußland und England unbequem sein könnten, und daß es auch in Zukunft dies nicht zu tun beabsichtigt. Andererseits besteht Schön darauf, daß der gemeinsame russisch-englische Schritt in Teheran aufgeschoben wird, um eine freundschaftliche Lösung zu finden. Fragen Sie bitte Grey, ob er glaubt, daß man letzteren Antrag nicht zu beachten braucht, was jedoch dem Berliner Kabinett den offenbaren Vorwand geben würde, sich im Laufe der Verhandlungen unnachgiebiger zu zeigen, oder ob man dem Schönschen Vorschlage Folge leisten soll. Im ersten Falle muß man daran denken, welchen Eindruck eine solche Verzögerung in Teheran hervorrufen würde. Es scheint mir, daß unter den gegebenen Verhältnissen unsere Vertreter in Teheran sich darauf beschränken könnten, der persischen Regierung zu erklären, daß sie fürs erste keine Antwort auf ihre Mitteilung

erwarten; sollte aber die persische Regierung Rußland und England vor eine vollendete Tatsache stellen, die ihren politischen oder strategischen Interessen nicht entspricht, so würde dies als eine Unfreundlichkeit von seiten Persiens aufgefaßt werden und könnte die beiden Staaten veranlassen, die nötigen Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen zu ergreifen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Mai 1910. — Nr. 113.

Sehr vertraulich. P. Cambon hat mir eine Unterredung mitgeteilt, die in der letzten Woche zwischen Pichon, Grey und ihm stattgefunden hat. Unter anderm hat Grey über seine Unterredung mit Metternich berichtet. Dieser Bericht stimmt vollkommen mit dem überein, was wir aus den englischen Mitteilungen wissen. Es findet sich jedoch ein Passus, den Grey uns gegenüber nicht erwähnt hat, und Cambon hat mich gebeten, von demselben einstweilen keinen Gebrauch zu machen: ich bitte Sie also inständig, den Wunsch meines französischen Kollegen zu berücksichtigen.

Metternich hat dem Londoner Kabinett ein politisches Abkommen bezüglich Persiens vorgeschlagen und hinzugefügt, daß, wenn ein solches abgeschlossen würde, es keine Schwierigkeiten mehr in der Bagdadbahnfrage gäbe. Grey hat geantwortet, die englische Regierung habe mit Rußland eine politische Entente in Persien abgeschlossen, daß sie folglich kein Abkommen mit einer andern Macht abschließen könne; England sei in diesem Falle mit Rußland verbunden, wie mit Frankreich in der Marokkofrage.

Ich kann die Zurückhaltung Greys uns gegenüber nur einem übertriebenen Gefühl von Diskretion zuschreiben. Dies erklärt die Worte, daß das Londoner Kabinett in dem deutschen Vorschlage keine Verhandlungsbasis erblicke, was Ihnen seinerzeit nicht klar genug schien. Dies erklärt auch Sir Edward Greys Worte, die Verhandlungen über Persien von den Bagdadbahn-Verhandlungen nicht trennen zu können. Endlich erklärt sich so auch Greys Ansicht, daß Verhandlungen mit Deutschland in

bezug auf Persien von Rußland und England gemeinsam geführt werden müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 13./26. Mai 1910. — Nr. 717.

Ich telegraphiere unserem Botschafter nach Berlin: Der englische Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines aus Berlin erhaltenen Telegrammes mitgeteilt, aus dem ersichtlich ist, daß Schön dem englischen Geschäftsträger erklärt hat, der deutsche Vertreter in London habe den Auftrag erhalten, auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, da auf Grund der von der deutschen Regierung erhaltenen Erklärung diese Frage ihren akuten Charakter eingebüßt habe. Meinerseits kann ich bestätigen, daß seit meiner letzten Unterredung mit dem Grafen Pourtales er die persische Frage nicht mehr berührt und überhaupt größere Nachgiebigkeit gezeigt hat.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18./31. Mai 1910.

Hardinge hat mir den Bericht des englischen Geschäftsträgers in Berlin über seine letzte Unterredung mit Schön vorgelesen. Der deutsche Minister sagte zuerst, er habe den Grafen Metternich beauftragt, einstweilen auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, und erklärte diese Instruktion damit, daß ein Mißverständnis zwischen Deutschland, Rußland und England in dieser Frage vorgelegen habe. Er schilderte darauf den Gang der letzten Verhandlungen. Er sagte, zuerst hätte man in Petersburg geglaubt, die deutsche Regierung beabsichtige mit Persien zu verhandeln, um verschiedene spezielle Vorteile zu erhalten und eine Anleihe abzuschließen. Dieses Mißverständnis sei bald aufgeklärt worden. Sodann hatte die deutsche Regierung Nachrichten erhalten, welche bei ihr die Meinung hervorriefen, daß Rußland und England durch einen Druck auf Persien Vorzüge beanspruchten, die mit den Rechten Deutschlands kaum hätten in Einklang gebracht werden können. Die von beiden Seiten abgegebenen offenen Erklärungen hatten auch diese Schwierig-

keit beseitigt. Es blieb nur noch die Erwägung, daß die deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck verlieh, England und Rußland sollten Persien gegenüber nicht zu Mitteln greifen, die die öffentliche Meinung in Deutschland beunruhigt hätten. Schön fügte hinzu, man hätte ihn in gewissen Kreisen beschuldigt, er habe in Persien Schwierigkeiten hervorrufen wollen, die mit denen Ähnlichkeit gehabt hätten, die später zu der Konferenz von Algeciras geführt. Nichts sei ihm ferner gelegen.

Ich kann hier den genauen Inhalt dieses ausführlichen Berichtes aus dem Gedächtnis nicht genau wiedergeben. Aber die erwähnten Äußerungen sind mir genau in Erinnerung geblieben und das Wort „Mißverständnis“ wird öfters gebraucht.

Der englische Geschäftsträger sieht in dieser Unterredung eine deutliche Änderung der Haltung des Berliner Kabinetts. Er meint, daß einer der Gründe der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London gewesen sei und daß die Eindrücke, die er daselbst empfangen, einen entschiedenen Einfluß auf die Haltung des Berliner Kabinetts ausgeübt haben. Er glaubt auch, daß der Mangel an Unterstützung von seiten des Wiener Kabinetts zu dieser Haltung der Berliner Regierung beigetragen habe. Wenn die Eindrücke des englischen Geschäftsträgers durch die weiteren Ereignisse bestätigt werden, so kann ich nicht umhin zu glauben, daß das Berliner Kabinett hauptsächlich dadurch beeinflusst worden ist, daß Rußland und England, ohne sich zu weigern Deutschland diejenigen Erklärungen zu geben, auf die es ein Recht hatte, sich der Form nach nachgiebig gezeigt haben, ohne jedoch hierbei irgend etwas von ihren politischen Rechten abzutreten, die sie auf Grund der geographischen Lage und der auf dem Spiele stehenden Interessen beanspruchen können.

Auszug aus dem Berichte des russischen Außenministers Sazonow an den Zaren über seinen Besuch in Balmoral im Oktober 1912.

..... Hinsichtlich der neutralen Zone sagte ich, daß wir wahrscheinlich früher oder später genötigt sein würden, unser gegenseitiges Verhältnis zu ihr im Sinne einer Annullierung zu revidieren, da bei der jetzigen Sachlage der Zugang zur neutralen Zone allen offen stehe und sie vor Anschlägen von dritter Seite

nicht geschützt sei. Natürlich müßten wir bemüht sein, zu einem jeden derartigen Abschluß die Anerkennung Persiens zu erlangen, da ein Abschluß ohne Anerkennung keine praktische Bedeutung haben würde. Grey äußerte dazu sein prinzipielles Einverständnis. Dabei regte er den Gedanken an, es zu ermöglichen, ein für allemal die uns unerwünschten Anschläge Deutschlands auf die neutrale Zone auszuschalten, indem Rußland von der persischen Regierung die Option zum Bau der Eisenbahnlinie Teheran-Ispahan erhält und England und Rußland gemeinsam für die Strecke Ispahan-Mohammera. Es ist selbstverständlich, daß die Erlangung des Vorzugsrechts zum Bau dieser Linien weder den einen noch den anderen Staat verpflichtet, dieses Unternehmen unbedingt zu verwirklichen, sondern nur im Auge haben würde, Deutschland aus der neutralen Zone zu verdrängen, wo nach einem solchen Abschluß keine einzige für die Deutschen irgendwie verlockende Konzession übrigbleiben würde. — Ich erwiderte, daß ich bereit sei, unseren Gesandten in Teheran anzuweisen, eine solche Option von Persien durch alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu erlangen, wenn es möglich sei, eine solche Option, die alle Bemühungen anderer Mächte in der neutralen Zone tatsächlich ausschließen würde, von der persischen Regierung zu erhalten, wovon ich nicht völlig überzeugt sei.

**Auszug aus einem persönlichen Briefe des russischen Botschafters
in London Bentendorff an den russischen Außenminister Sazonow
vom 4./17. August 1910.**

..... Die Gefahr besteht, daß England und Rußland durch den Gang der Ereignisse gezwungen werden, gerade das in Persien zu tun, was sie im Grunde vermeiden wollen. In dieser Hinsicht halte ich es für meine Pflicht, Sie genau über den Standpunkt der englischen Regierung zu unterrichten.

Genau wie bei uns, so macht sich auch hier eine gewisse Enttäuschung über den Gang der Ereignisse in Teheran bemerkbar; diese Enttäuschung wird verstärkt durch den absoluten Mangel an fähigen Leuten in Persien und durch die Hoffnungslosigkeit,